

# Kandidatur für die Landesliste Die Linke Thüringen zur Landtagswahl 2024

**Name:** Schubert  
**Vorname:** Andreas  
**geboren am:** 18.09.1970  
**Geburtsort:** Gera  
**Wohnort:** Gera  
**Beruf/Tätigkeit:** Mitglied des Landtags



## Beruflicher Werdegang/Kurzbiografie:

- Geboren 1970 in Gera
- Schulbesuch 1977 - 1987 an der 22. POS „Arthur-Becker“ in Gera-Lusan
- 1987 - 1989 Abitur an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) der Martin-Luther-Universität in Halle
- 1989 - 1990 Grundwehrdienst bei der NVA
- 1990 - 1995 Studium der Geophysik in Moskau mit Abschluss Dipl. Ing. für Geophysik
- 1996 - 1999 Angestellter in einem international tätigen französischen Gaskonzern
- 2000 - 2019 Wahlkreismitarbeiter
- 2019 - jetzt MdL
- 2024 - Spitzenkandidat der LINKEN für die Kommunalwahl + Direktkandidat zur Landtagswahl in Gera, WK 42

Ich bin verheiratet, habe eine Tochter (23 Jahre) und einen Sohn (18 Jahre).

## Politische Kurzbiografie:

Politisiert hat mich die Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung gegen den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg in Jugoslawien 1999. 01/2020 wurde ich Wahlkreismitarbeiter im SHK. 11/2020 Parteieintritt. 2004 wechselte ich als WKMA zu Dieter Hausold nach Gera und kandidierte in diesem Jahr erstmals erfolgreich für den Stadtrat, dem ich seitdem angehöre (Fraktionsvorsitz seit 2016). Schon im SHK wurde ich in den KV gewählt, so wie später in den Geraer Stadtvorstand (2011 - 2022 Stadtvorsitzender).

## **Beweggründe für die Kandidatur:**

Ich kandidiere für eine starke LINKE, die sich für Solidarität, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Frieden und Antifaschismus einsetzt, auch und gerade im Thüringer Landtag. Diese gesellschaftlichen Zielvorstellungen haben mein politisches Engagement von Beginn an geprägt und sind auch jetzt Motivation für meine Kandidatur in Gera und auf der Landesliste. Thüringen sozial und ökologisch gestalten bleibt auch in den kommenden Jahren eine herausfordernde Aufgabenstellung, aber es war noch nie so wichtig wie jetzt, sie erfolgreich umzusetzen.

Darum geht es mir:

Der sozial-ökologische Wandel ist für den Wirtschaftsstandort Chance und Herausforderung zugleich. Dekarbonisierung, Etablierung neuer Technologien mit zukunftssicheren Wertschöpfungsketten mit guter Arbeit sowie effizienter Energie- und Ressourceneinsatz mit immer größerem Anteil Kreislaufwirtschaft sind entscheidende Bausteine für die Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandortes und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze hierzulande. Die Landespolitik trägt große Verantwortung, diese Umstrukturierung aktiv zu begleiten. Es darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden, wie schnell und unter welchen Umständen sich dieser Wandel vollzieht. Erhalt und Schutz unserer Umwelt ist direkt von nachhaltigem Wirtschaften abhängig. Das schließt natürlich auch künftig eine aktive Konversionpolitik mit ein.

Es geht um eine auf diese Ziele ausgerichtete konsequente Industrie und Wirtschaftspolitik, was sich sowohl in der Fördermittel- und Beteiligungspolitik des Landes, als auch in der Einbeziehung der Fähigkeiten und Interessen der Beschäftigten einschließlich der Prinzipien von guter Arbeit widerspiegeln muss.

Dafür wurden unter R2G wichtige Schritte realisiert: So haben wir in den vergangenen Jahren konkrete Maßnahmen im Parlament vorgeschlagen, um diesen Anspruch Rechnung zutragen. Dabei ist es in Teilbereichen auch gelungen, Mehrheiten im Landtag inklusive der finanziellen Untersetzung im Haushalt zu gewinnen (Transformationsagentur, Technologieberatungsstelle).

Trotz der Rahmensetzung durch eine ökonomisch und ökologisch fatale Schuldenbremse auf Bundesebene, gibt es Spielräume, um den Modernisierungsprozess des Wirtschaftsstandortes zu beschleunigen - z.B. durch die Möglichkeiten unserer Landesgesellschaften. Hier sehe ich auch in Zukunft Ansatzpunkte für unseren Anspruch als LINKE, diese Umgestaltungsprozesse politisch zu lenken und zu steuern.

Meine Motivation für eine erneute Landtags-Kandidatur speist sich auch aus langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung. Diese hat die enge Verknüpfung mit der Landespolitik bestätigt und ist für ein wirksames politisches Agieren auf beiden Ebenen besonders wertvoll. So hat mir die jahrelange Praxis als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat bei Aushandlungsprozessen zur Kompromissfindung in einem Stadtrat mit unklaren Mehrheitsverhältnissen und einer Vielzahl von Fraktionen sehr geholfen, auch im Landtag mit den politischen Konstellationen in dieser Legislaturperiode umzugehen und so auch verantwortbare Kompromisse mit auszuhandeln wie z.B. bei der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes.

Dabei ist und bleibt für mich eine echter Kompromiss immer an die Begriffs-Definition von Gregor Gysis gebunden: Es kann dabei nur um die Größe des Schrittmaßes, aber nie um die grundsätzlich Richtung der Bewegung gehen.

Mein Motto: „Wir sind verantwortlich für das was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun.“ (Voltaire)